

Interfraktioneller Antrag der AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU zum Ergebnishaushalt 2024																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung in Euro
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
1	141	Gesamtergebnishaushalt		12	-106.335.840						-6.100.000			Fraktion: -6.100.000 Euro. Kostendämpfungspauschale (KDP) streichen.	mehrheitlich abgelehnt	
2	165	FB 1	1120	12	-2.101.509	-17.500 -30.000 -30.000 -30.000				-70.000				AL/Grüne: -17.500 Euro. Zwei Ausbildungsstellen in der Zentralen IT: Es soll weiter ausgebildet werden. -30.000 Euro. Die Stadt hat derzeit keine_n Informationssicherheitsbeauftragte_n (ISB). Angesichts der andauernd hohen Bedrohungslage durch Cyberkriminalität ist das aber nötig und empfohlen für eine Stadt unserer Größe. Eine Person, die sich nicht nur um Prävention kümmert, sondern auch Vorbereitungen für die Krisenmaßnahmen im Falle einer erforderlichen Attacke trifft. Es geht nicht nur um IT-Sicherheit, sondern darüber hinaus. -30.000 Euro. Stabstelle Digitale Transformation (E13): Unsere neue Sozialbürgermeisterin wird Beratung brauchen, wie sie in ihrem großen Dezernat mittels Digitalisierung zukunftsfähige Lösungen findet. Dasselbe gilt für das Baudezernat. Die Gesetzgebung schreibt vor, dass die Prozesse OZG-Konform sein müssen. Wie das geschieht, muss jede Kommune selbst organisieren. Der Fachbereich Digitalisierung hilft bei der Umsetzung, den konzeptionellen Teil sollte eine Person auf Augenhöhe mit den Verantwortlichen machen. Deshalb eine Stabstelle beim OB. -30.000 Euro. Eine ggf. teilbare neue Stelle zur Beschaffung und Support der Schul-IT. Linke: -70.000 Euro. Zwei zusätzliche Stellen für die Personalverwaltung. Dringender Bedarf laut Personalvertretung. Hinweis der Verwaltung: Ausbildungsstelle hochgerechnet ab 01.09.2024 mit jeweils 8.930 Euro. Jährliche Folgekosten somit jeweils 23.834 Euro. Annahme Stelle Informationssicherheitsbeauftragter in E 12 ab 01.07.2024 mit 41.230 Euro. Jährliche Folgekosten somit 82.468 Euro. Bzw. in E 13 ab 01.07.2024 mit 43.290 Euro und jährliche Folgekosten somit 86.582 Euro. Annahme Stabstelle Digitale Transformation in E 12 ab 01.07.2024 mit 41.230 Euro. Jährliche Folgekosten somit 82.468 Euro. Bzw. in E 13 ab 01.07.2024 mit 43.290 Euro und jährliche Folgekosten somit 86.582 Euro. Annahme Stele Schul-IT in E 9b hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 32.350 Euro. Jährliche Folgekosten somit 64.700 Euro. Annahmen Stelle Personalreferent_in in E 11 hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 38.820 Euro. Jährliche Folgekosten somit 77.650 Euro. Annahme Stelle Vertragssachbearbeitung in E 9b hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 32.350 Euro. Jährliche Folgekosten somit 64.700 Euro.	Ausbildungsstelle IT: mehrheitlich zugestimmt Informationssicherheitsbeauftragte_n: zurückgezogen Stabstelle Digitale Transformation zurückgezogen Beschaffung und Support IT an Schulen (E9b): mehrheitlich zugestimmt Stelle Vertragssachbearbeitung (E9b): mehrheitlich zugestimmt	-82.560
3	176	FB 1	1121	18	-380.435			+0						SPD: +0 Euro. Sperrvermerk über 50.000 Euro der 150.000 Euro für Aufbau der Arbeitgeber-Marke (Bericht um Ausschuss erbeten).	mehrheitlich zugestimmt <u>Sperrvermerk</u> über 50.000 Euro, Aufhebung nach Bericht im VA	0
4	186	102	1114-10	14	-356.140						-35.000			Fraktion: -35.000 Euro. Bürger_innenhaushalt Planung und Einführung: Wir fordern die Einführung eines Bürger_innenhaushalt ähnlich zu dem der Stadt Prenzlau. Bei dem Bürger_innenhaushalt handelt es sich um einen finanziell begrenzten Beteiligungshaushalt (wir schlagen 30.000 Euro /Jahr vor, die Festsetzung über die Höhe erfolgt regelmäßig mit der mittelfristigen Finanzplanung zur Haushaltssatzung) über den die Einwohner_innen der Stadt Tübingen in einem vorgegebenen Verfahren mitbestimmen und entscheiden können. Die Vorschläge können schriftlich oder elektronisch eingereicht werden. Die Abstimmung über die eingereichten Vorschläge des Bürger_innenhaushalt erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung bis zum 30.06. eines jeden Kalenderjahres. Zur Abstimmung über die eingereichten Vorschläge im Rahmen des Bürger_innenhaushalt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner, die am Tag der Abstimmungsveranstaltung das 16. Lebensjahr vollendet haben, berechtigt. Ebenso können Personen, die am Tag der Abstimmungsveranstaltung das 12. Lebensjahr vollendet haben, in Begleitung ihrer Eltern bzw. Personensorgeberechtigten, welche Tübinger Einwohner_innen sind, an der Abstimmung teilnehmen. Sie entscheiden durch Abstimmung, welche Vorschläge innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets realisiert werden können. Vorschläge werden in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Anzahl der Stimmen realisiert, bis das zur Verfügung stehende Budget aufgebraucht ist. Hinweis der Verwaltung: Ein Antrag gleichen Inhalts wurde im VA am 25.09.2023 abgelehnt; zur Umsetzung des Vorschlags werden zusätzlich 0,25 AK benötigt (siehe Vorlage 523a/2023).	mehrheitlich abgelehnt	
5	204	001	1130	14	-99.030						-60.000			Fraktion: -60.000 Euro. Automatische Untertitel und Gebärd Dolmetscher_innen für die Streaming von Gemeinderatssitzung: Auch Personen, die nicht hören können, sollen Teilhabe an der Demokratie ihrer Stadt haben. Daher fordern wir die Einführung eine automatische Untertitelung und ein_e Gebärdendolmetscher_innen für die Streaming von Gemeinderatssitzungen. Dadurch haben auch Bürger_innen dieser Stadt, die andere Sprachen außer deutsch können, die Möglichkeit eine automatische Übersetzung der Untertitelung vorzunehmen. Diese Maßnahme sorgt gleichzeitig für mehr Transparenz in der Demokratie. Hinweis der Verwaltung: Die Gesamtkosten für Gebärdendolmetscher_innen für das Streaming von Gemeinderatssitzungen belaufen sich auf mindestens 45.000 Euro im Jahr. Automatische Untertitel könnten ggf. über eine Software mit Spracherkennung generiert werden. Mangels Vorbilder aus anderen Kommunen wäre zur Ermittlung der Kosten zunächst eine Markterkundung notwendig. Die Verwaltung geht davon aus, dass deutlich mehr als die beantragten 60.000 Euro erforderlich wären. In 2023 haben im Schnitt 40 bis 50 Personen die Sitzungen des Gemeinderats im Streaming verfolgt, darunter waren viele Beschäftigte der Verwaltung.	mehrheitlich abgelehnt	
6	206	002	1114-002	12	-460.687								-20.000	IR: -20.000 Euro. Aufstockung der Arbeitszeit der Geschäftsstelle des Integrationsrats: Der Tübinger Integrationsrat ist in viele Prozesse in der Stadt involviert und leistet wertvolle Arbeit in verschiedenen Gremien, Runden Tischen und Vereinen. Inzwischen tagt der Integrationsrat auch in einem monatlichen Turnus und hat eine Homepage, die stets auf aktuellem Stand gehalten wird. Dadurch fällt insgesamt mehr Arbeit für die Geschäftsstelle an. Um dem Bedarf des Integrationsrats nachgehen zu können, ist eine Aufstockung der Arbeitszeit der Geschäftsstelle von 40 auf 50% erforderlich. Im Haushaltsjahr 2024 fallen aufgrund der Kommunalwahlen, der 10-jährigen Jubiläumsfeier des Integrationsrats und der Wahl des neuen Integrationsrats zusätzliche Aufgaben an und können nur durch eine auf ein Jahr befristete Aufstockung des Arbeitsumfangs auf 70% aufgefangen werden. Der beantragte Betrag von 20.000 Euro ist geschätzt. Wir bitten die Verwaltung um den genaueren Betrag. Hinweis der Verwaltung: Die Aufstockung für eine Stelle in E 10 von 40 auf 70 % hochgerechnet ab 01.07.2024 beträgt 11.070 Euro. Jährliche Folgekosten somit bei 22.140 Euro.	Aufstockung Arbeitszeit Geschäftsstelle Gemeinderat um 30%, davon 20% auf ein Jahr befristet.	-11.070

Interfraktioneller Antrag der AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU zum Ergebnishaushalt 2024																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung in Euro
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
7	206	002	1114-002	14	-350.180						-10.000 -1.000		-20.000	Fraktion: -10.000 Euro. Aufwendungen für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Leck Tüchern in Tübinger Kneipen, Bars und geeignete öffentlichen Einrichtungen: Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht. Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Und FLINTA sind leider noch häufig die Personen, die sich um Verhütung sorgen und dessen Kosten tragen müssen. Gonorrhö, Chlamydien und Syphilis sind in Europa wieder auf dem Vormarsch. Gratis verteilte Kondome könnten dagegen helfen. Daher soll die Stadt kleine Packungen Kondome ggf. mit Werbung für umweltschützende Programme wie "Tübingen macht blau" oder Nachtruhe mit Sprüche wie "Schreien könnt ihr Zuhause", in Kneipen und Bars sowie geeignete öffentliche Einrichtungen wie das Bürgeramt. -1.000 Euro. Geschlechtsneutrale Beschilderung von öffentlichen Toiletten: Statt des binären Weiblich/Männlich-Piktogramms soll eine Abbildung der in den jeweiligen Räumlichkeiten vorhanden Toilettenformen und ein Spruch "All Genders Welcome" (siehe Beispiel in Antrag FRAKTION 506/2022). Wir sind der Ansicht, dass Menschen sich nicht einem binären Geschlecht zuordnen müssen sollten und dass es Freiheit geben sollte, die Toilette aufzusuchen, die gewünscht ist. Angesichts der Queeren Woche ist es in unseren Augen angebracht, mehr Sichtbarkeit für Menschen außerhalb des binären Geschlechtermodells herzustellen. Die Schilder stellen eine sehr kostengünstige, subtile und gleichzeitig präsenste Möglichkeit hierzu dar. IR: -20.000 Euro. 10 Jahre Tübinger Integrationsrat: Der Tübinger Integrationsrat feiert 2024 sein 10-jähriges Bestehen. In dieser Zeit hat er viel zum Zusammenleben in der Stadt beigetragen, viele Prozesse in der Verwaltung in Gang gesetzt und seine Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat intensiviert. In einem Festakt im Rathaus in Verbindung mit einer musikalischen Darbietung auf dem Marktplatz im Anschluss soll das Geleistete gefeiert werden und die Vielfalt in der Stadtgemeinschaft zusammenbringen. Für das Kulturprogramm und die Organisation (Honorare, Kinderprogramm, Technische Ausstattung, Catering) werden voraussichtlich 20 000 Euro benötigt. Hinweis der Verwaltung: Die Mittel für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Leck Tüchern (10.000 Euro) wurden bereits im Haushaltsjahr 2022 bereitgestellt und seitdem fortgeschrieben.	Antrag Kondome: zurückgezogen, siehe Hinweis der Verwaltung. Geschlechtsneutrale Beschilderung: mehrheitlich abgelehnt 10 Jahre IR: zugestimmt (5.000 Euro)	-5.000
8	206	002	1114-002	17	-753.170					-42.400 -8.120	-41.384 -15.000		-42.382 -30.000	SPD: -43.000 Euro. Adis. e.V.: halbe Personalstelle für Trans*Beratung Linke: -42.400 Euro. Siehe Schreiben adis e.V. an die Fraktion -8.120 Euro. Zuschuss der Anlaufstelle für sexualisierte Gewalt (AGIT FhF): zusätzlich 25 % Stelle statt Erhöhung um 20% des Stellenkontingents von 65 %. Gestiegener Unterstützungsbedarf kann personell nicht mehr bewältigt werden. Fraktion: -41.384 Euro. Zuschuss adis ev. Queer/Trans-Beratung. -15.000 Euro. Verein Arabischer Studenten und Akademiker Tübingen (VASAT). In Zeiten stark wachsender und immer gesellschaftsfähigerer Islamophobie ist die Arbeit dieses Vereins extrem wichtig um diese Entwicklung zu bekämpfen. JGR: -42.382 Euro. Queer-/Trans-Beratung. IR: -30.000 Euro. Das Integrationskonzept Tübingen wird seit 2018 fortgeschrieben. Fünf Handlungsfelder beinhaltet die Fortschreibung des Integrationskonzepts: - Arbeit & Ausbildung - Bildung & Sprachförderung - Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation - Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten - Antirassismus Drei der fünf Handlungsfelder wurden bereits im VA beschlossen. Da die Überarbeitung mancher Handlungsfelder mittlerweile schon länger zurückliegt und das Gesamtkonzept noch entwickelt werden muss, beantragt der Integrationsrat externe Unterstützung. Diese soll in Kooperation mit der Stabstelle für Integration den Überarbeitungsbedarf der noch offenen, aber auch der bereits beschlossenen Handlungsfelder aufzeigen. Außerdem braucht es für die Fortführung der Fortschreibung ein Prozessdesign für den Beteiligungsprozess, ebenfalls sollte ein Monitoring- und Berichtswesen aufgestellt werden. Das Integrationskonzept ist ein wichtiger "Richtungsweiser" bei der Umsetzung der städtischen Integrationspolitik.	Adis e.V.: mehrheitlich zugestimmt (42.390 Euro, wie von Adis e.V. beantragt). Zuschuss AGIT: mehrheitlich abgelehnt Zuschuss VASAT: mehrheitlich abgelehnt zusätzliche Mittel für die Fortschreibung Integrationskonzept: mehrheitlich abgelehnt	-42.390
9	208	003	5610-003	17	-365.510	-2.500	-4.000	+12.000	-5.000					AL/Grüne: -2.500 Euro. Zuschusserhöhung für das Umweltzentrum: Das UWZ hat in der Mieteinnahme als wichtige Finanzierungsquelle keine Möglichkeit der Erhöhung, da diese erst 2022 vorgenommen wurde. Wir möchten gerne zu einer tarifgerechten Bezahlung der Mitarbeiterin beitragen. SPD: -4.000 Euro. Umweltzentrum: Erhöhung des Zuschusses entsprechend Zuschussantrag. Tübinger Liste: +12.000 Euro. Zuschuss ADFC - Projektförderung Fahrradschule stellt in Abwägung mit Haushaltsdefizit keine vorrangige öffentliche Aufgabe dar. CDU: -5.000 Euro. Erhöhung des Zuschusses an das Umweltzentrum um 5.000 Euro.	UWZ: mehrheitlich zugestimmt (4.000 Euro) Zuschuss ADFC: mehrheitlich zugestimmt	8.000
10	225	FB 2	5710-2	17	-1.435.400			+100.000		+100.000 -20.000	+1.050.000			Tübinger Liste: +100.000 Euro. Kostenloses öffentliches Wlan nicht umsetzen. Linke: +100.000 Euro. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen ist der finanzielle Aufwand für die Einrichtung und den Unterhalt eines öffentlichen WLAN in der Innenstadt nicht mehr zu rechtfertigen. Es gibt genügend alternative Möglichkeiten (TüBus, Uni, Cafés und Läden). -20.000 Euro. WIT Transferaufwendungen: Förderung öffentlicher WLAN-Zugänge ("Freifunk"), die kostenlos von privaten Personen oder Institutionen zur Verfügung gestellt werden. Statt mit hohen Kosten ein eigenes kostenloses Wlan-Netz in der Innenstadt aufbauen, scheint es sinnvoller, Initiativen zu unterstützen, die ihren privaten Netzzugang der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Voraussetzung für die Förderung: offener Zugang, keine Bindung an kommerzielle Zwecke keine Werbung. Fraktion: +1.050.000 Euro. Wirtschaftsförderungs GmbH auflösen: Der OB betont immer wieder, dass gespart werden muss. Wir finden, dass die Wirtschaft sich in so schweren Zeiten auch selbst helfen muss. Erst kam die Hilfe, jetzt ist es Zeit für die Selbsthilfe. Die Wirtschaft muss lernen auf ihren eigenen Beinen zu stehen und Verantwortung zu übernehmen. Deshalb sollte die Wirtschaftsförderungs GmbH aufgelöst werden und das Geld anderweitig eingesetzt werden.	öffentliches WLAN: mehrheitlich zugestimmt Freifunk: mehrheitlich zugestimmt mit Sperrvermerk. Aufhebung nach Bericht über mögliche Modelle im VA Auflösung WIT: mehrheitlich abgelehnt	80.000

Interfraktioneller Antrag der AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU zum Ergebnishaushalt 2024																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung in Euro
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
11	228	FB 2	6110	1	160.704.200		+1.500.000			-1.550.000 +5.500.000				SPD: +1.500.000 Euro. Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 Punkte (von 390 auf 400). Linke: +1.550.000 Euro. Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 660 auf 610. Die Grundsteuer B wird für mehr als die Hälfte des Wohnungsbestand auf die Mieter umgelegt. Auch die Wirtschaft wird in Corona-Zeiten zusätzlich belastet. Die hohe Grundsteuer konterkariert alle Anstrengungen zur Dämpfung des Mietniveaus. -5.500.000 Euro. Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von 390 auf 420. Der Hebesatz der Gewerbesteuer in Tübingen ist vergleichsweise niedrig. Mit einer leichten Anhebung kann die Senkung der Grundsteuer B ausgeglichen werden. Es entstehen zusätzliche Mittel zur Finanzierung des ticketfreien TüBus, solange eine Umlage juristisch noch nicht möglich ist. Tübingen ist ein so attraktiver Standort, dass keine Ausfälle befürchtet werden müssen. Hinweis der Verwaltung: Eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 v.H., würde beim aktuell geplanten Aufkommen von 60 Mio. Euro, zu höheren Erträgen von 1.538.461 Euro führen.	Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer: mehrheitlich abgelehnt Senkung Hebesatz Grundsteuer B: mehrheitlich abgelehnt Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer um 30 v.H.: mehrheitlich abgelehnt	
12	228	FB 2	6110	17	-109.760.970		-138.067							SPD: -138.067. Gewerbesteuerumlage (Veränderung durch Hebesatzerhöhung). Hinweis der Verwaltung Eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 v.H., würde zu einer erhöhten Gewerbesteuerumlage von 138.067 Euro führen Bei Erhöhung der Gewerbesteuer durch eine Hebesatzerhöhung bleibt die Gewerbesteuerumlage unverändert	hinfällig	
13	244	FB 3	1221	12	-3.641.603						+284.000 +354.000			Fraktion: KOV Tagdienst: -15 AK x 30 % = 4,5 AK KOV Nachtdienst: -8 AK x 70% = 5,6 AK Hinweis der Verwaltung: Eingruppierung erfolgt in E 9a bzw. 9b. Es handelt sich um bestehende Arbeitsverträge. Die polizeilichen Aufgaben des Tag- und Nachtdienstes sind Pflichtaufgaben die nicht komplett gestrichen werden können.	mehrheitlich abgelehnt	
14	247	FB 3	1222	12	-2.854.458		Betrag nicht beziffert							SPD: Ausländerangelegenheiten: Umwandlung von zwei Aushilfsstellen in feste, unbefristete Stellen Hinweis der Verwaltung: Die Umwandlung der Aushilfsstellen in unbefristete Stellen. Stelle in E 9a und hochgerechnet ab 01.07.2024 mit jeweils 31.540 Euro. Jährliche Folgekosten somit jeweils 63.081 Euro.	mehrheitlich zugestimmt	-63.080
15	260	FB 3	128002	17	0				-30.000					CDU: <u>-30.000 Euro.</u> Förderung des Projektes "Region der Lebensretter" zur Verbesserung der Erstversorgung bei medizinischen Notfallsituationen mit einem Herz-Kreislauf-Stillstand; Interfraktioneller Antrag folgt.	mehrheitlich zugestimmt mit <u>Sperrvermerk.</u> Aufhebung nach Bericht im VA über die Verwendung der Mittel.	-30.000
16	262	FB 3	5710-3	17	-23.460	-20.000								AL/Grüne: <u>-20.000 Euro.</u> Nette Toilette: Wir haben auch in Tübingen das System "Nette Toilette". Dieses System ist eine große Unterstützung zu den öffentlichen Toilettenanlagen der Stadt Tübingen. Unsere öffentlichen Toilettenanlagen sind bekanntermaßen nicht so gut. Aktuell ist es so, dass wir flächendeckend in der ganzen Stadt ca. 100 Euro/Monat an die Gewerbe, die die "Nette Toilette" anbieten, als Unterstützung für Instandhaltungskosten der eigenen Gewerbe-Toiletten zahlen. Wir fordern hier zwei Dinge: 1. Die Unterstützungsauszahlung für "Nette Toilette" soll gestaffelt werden. Hoch frequentierte Orte sollen den höchsten Betrag bekommen (bspw. Marktplatz, Holzmarkt, Zinserdreieck) und dann in angepasster Form soll der Betrag niedriger werden. 2. Für diese hoch frequentierten Orte reichen die 100 Euro /Monat für Instandhaltungskosten nirgends hin. Insbesondere bei städtischen Veranstaltungen wie UPM oder Chocolart oder Weihnachtsmarkt, nur um mal die letzten drei der Saison zu nennen, sind die "Netten Toiletten" sehr überlastet. Es entstehen ewig lange Schlangen. Die Toiletten müssen dreimal am Tag gereinigt werden, es braucht Toilettenpapier, Seife etc. - ganz zu schweigen von Strom- und Wasserverbrauch. Deshalb soll der monatliche Betrag für hoch frequentierte Orte erhöht werden, außerdem soll dadurch ein Anreiz geschaffen werden, dass sich dort mehr Gewerbe dem System "Nette Toilette" anschließt.	Zugestimmt. Bessere Beschilderung der "Netten Toilette" aufnehmen. Das Konzept für die Staffellung soll verwaltungsintern geregelt werden (WIT? Verwattung?)	-20.000
17	270	FB 4	111490	14	-93.220		-20.000							SPD: <u>-20.000 Euro.</u> Solidaritätspartnerschaft Kremmentschuk (UA): zur Umsetzung konkreter Hilfsleistungen. Hinweis der Verwaltung: Über die Änderungsliste werden von der Verwaltung 30.000 Euro für die Partnerstadt Krementschuk angemeldet (Beschluss der Nachlasskommission).	Antrag hinfällig (siehe Hinweis der Verwaltung)	
18	285	FB 4	2810	17	-2.408.890		49			-4.500	-4.500			SPD: <u>+0 Euro.</u> Projektzuschüsse: hieraus 7.500 Euro für das Internationale Gitarrenfestival Tübingen. Linke: <u>-4.500 Euro.</u> Masckara Theater: sinnvolle Kulturarbeit Fraktion: <u>-4.500 Euro.</u> Zuschuss Initiative Haaggasse - MasckaraTheater.	Gitarrenfestival: hinfällig Masckara: mehrheitlich abgelehnt (Vorschlag: Projektmittel beantragen)	
19	294	FB 5	2110	12	-9.407.810	-50.000	-50.000			-35.000 -35.000				AL/Grüne: <u>-50.000 Euro.</u> 2 AK. Die Pandemie und ihre Folgen haben deutliche Spuren hinterlassen und die seelische Gesundheit vieler Tübinger Schüler_innen angegriffen. Festzustellen ist, laut Aussage der Schulen, die zunehmende Häufigkeit psychischer Erkrankungen unter den Jugendlichen und die Überlastung der Hilfestrukturen, vor allem in den Beratungszentren und der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Schulen melden verschiedene Bedürfnisse an, wie die Einrichtung regelmäßiger Sprechstunden von Schulpsycholog_innen an den Schulen, die Übernahme der bisher vom Landratsamt finanzierten Stellen zur Bekämpfung des Schulabsentismus, die Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften und/oder andere, in Abstimmung mit den Schulen entwickelte Maßnahmen. Wir bitten die Verwaltung, zeitnah ein Konzept zu erarbeiten, aus dem hervorgeht, mit welchen Funktionen dem oben genannten Problem am effektivsten zu begegnen ist. Die zwei mit Sperrvermerk geschaffenen Stellen sollen dann zur Umsetzung dieses Konzeptes verwendet werden (Aufhebung des Sperrvermerks nach Vorlage und Diskussion des Konzeptes im KUBIS). SPD: <u>-50.000 Euro.</u> 2 Stellen IT-Technik (Bewertung E9b - Kosten geschätzt) ab September 2024 für Betreuung der digitalen Ausstattung der Schulen (Angesiedelt bei der FAB Schule und Sport) Linke: <u>-35.000 Euro.</u> Schulabsentismusprojekt: Förderung für alle Schularten, nicht nur Gemeinschaftsschulen. Umfang der verwaltungsintern vorgesehene 40%-Stelle erhöhen. Eigentlich ein Projekt des Kreises. Stadt füllt Lücke. Da alle Schularten gleichermaßen betroffen sind, zusätzlicher Stellenanteil für Gymnasien. <u>-35.000 Euro.</u> Hans-Küng-Gemeinschaftsschule Schulkrankenschwester 50%: Das Projekt scheint eine sinnvolle Möglichkeit zu sein, Lehrkräfte und Schulverwaltung zu entlasten. Eigentlich Aufgabe des Landes. Hinweis der Verwaltung: Annahme, 2 AK für Konzepterstellung ab Juli für 50.000 Euro: Eingruppierung in EG3/EG4 möglich 2 AK IT: 129.417 pro Jahr. Schulabsentismusprojekt: Die Verwaltung sucht das Gespräch mit dem Landkreis bezüglich einer kreisweiten Lösung.	2 AK Schulpsycholog_innen: hinfällig - siehe Ergebnis Schulabsentismusprojekt 2 Stellen Schul-IT: mehrheitlich abgelehnt 1 Stelle Schwerpunkt Schulabsentismus ab September 2024: mehrheitlich zugestimmt Gesundheitsfachkraft: mehrheitlich abgelehnt (Begleitantrag wird gestellt)	-23.560
20	294	FB 5	2110	14	-4.988.780						-1.404.500			Fraktion: <u>-1.404.500 Euro.</u> Kostenloses Schulessen: Das Essen in den Tübinger Mensen soll für Schüler_innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.	mehrheitlich abgelehnt	

Interfraktioneller Antrag der AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU zum Ergebnishaushalt 2024																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung in Euro
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
21	321	FB 5	3620	12	-2.765.858									-19.450 JGR: -19.450 Euro 0,5 AK, Kinderbeteiligung (E11) Hinweis der Verwaltung: Annahme 0,5 Stelle in E 11 hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 19.413 Euro. Jährliche Folgekosten somit 38.826 Euro.	mehrheitlich abgelehnt	
22	321	FB 5	3620	17	-1.245.800		-5.310							SPD: -5.310 Euro , K.I.O.S.K: 10 % Personalstelle ab September 2024 (Ausgleich Wegfall Förderung Vektorstiftung)	mehrheitlich zugestimmt	-5.310
23	324	FB 5	3650	5	4.438.000									Fraktion: -4.438.000 Euro , Kostenlose Kinderbetreuung: Kitas sollten kostenfrei sein. Eine kostenlose Kita ermöglicht allen Erziehungsberechtigten unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und den zugeschriebenen Rollen ihres vermeintlichen Geschlechts die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob sie Lohnarbeit, Hobbies und Ehrenamt anstelle von privater Reproduktionsarbeit/Sorgearbeit nachgehen wollen. Reproduktionsarbeit/Sorgearbeit ist eine Form von Arbeit und somit von essenzieller Bedeutung in einer Ökonomie. Daher sollte sie angemessen entlohnt werden. Es ist ungerecht, diese Arbeit unbezahlt und unreguliert den gebärenden Personen zu überlassen, insbesondere wenn man die daraus resultierenden Folgen wie schlechte Karrierechancen, Altersarmut, finanzielle Abhängigkeit und mangelnde Zeit für eigene Projekte (wie beispielsweise politische Teilhabe) in ihrer Gesamtheit betrachtet. Hinweis der Verwaltung: In den 4.438.000 Euro sind 0,9 Mio. Euro für die Verpflegungspauschale beinhaltet. Die freien Träger sind in den Beträgen nicht berücksichtigt.	mehrheitlich abgelehnt	
24	324	FB 5	3650	12	-36.552.320					-40.000				Linke: -40.000 Euro , Kitas: Mehr Personal für heilpädagogischen Fachdienst. Steigende Zahlen von Kindern mit Inklusionsbedarf. Es gibt nicht genug freie Therapieplätze und Plätze im Schulkindergarten. Fraktion: -3.429.504 Euro , 10% übertarifliche Bezahlung für Kita-Angestellte. Aufgrund der dramatischen Unterbesetzung, der hohen Arbeitsbelastung und der enormen Wichtigkeit der Kitas und Kindergärten der Stadt Tübingen sollen diese Angestellte in Tübingen eine übertarifliche Bezahlung von 10 % erhalten. Hinweis der Verwaltung: Bei übertariflicher Bezahlung ist die Beteiligung der PV erforderlich. Annahme Heilpädagogischer Fachdienst in S 11b und hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 33.610 Euro. Jährliche Folgekosten somit 67.236 Euro.	Mehr Personal für heilpädagogische Fachkräfte: mehrheitlich abgelehnt Übertarifliche Bezahlung: mehrheitlich abgelehnt	
25	324	FB 5	3650	17	-25.554.040	-415.000				+0			-10.000	AL/Grüne: -415.000 Euro , Tageselternverein. Begründung: Vor allem für finanzschwache Menschen sind die Erstanschaffungen eine große Hürde beim Start als Tagesbetreuung. Für die Startkosten gab es bereits Zuschüsse vom Bund, allerdings sind diese zur Zeit ausgesetzt. Der städtische Zuschuss wird abgeschafft, sobald Bund oder Land das Programm neu aufsetzen. Der Zuschuss wird nur bezahlt, wenn Tübinger Kinder betreut werden. Bei Arbeit für weniger als 5 Jahre, wird anteilig zurückgezahlt. Begründung: Mehr Geld für betreuende Personen, bürokratisch viel einfacher, als Erhöhung der Stundenpauschale oder Zuschuss zu Nebenkosten. Pauschalen werden vom TEV so vorgeschlagen. Linke: 0 Euro , Kindertagespflege: pauschalisierte Förderung. Das Anliegen des Tageselternvereins scheint plausibel. IR: -10.000 Euro , Förderung der mehrsprachlichen Kompetenz der Fachkräfte im frühkindlichen Bereich und Schulalter: Beim Fachtag zum Thema „Mehrsprachigkeit - ein Gewinn für Bildung“ wurden von den Fachkräften und Lehrkräften der Bedarf zur Wissenserweiterung im Bereich der Mehrsprachigkeit gemeldet. Um den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden und die Mitarbeiter zu stärken und zu befähigen, werden Fortbildungen zum Umgang mit Mehrsprachigkeit benötigt.	Tageselternverein: mehrheitlich zugestimmt mit Sperrvermerk (100.000 Euro). Aufhebung im KuBiS nach Bericht über geplante Vorgehensweise und Rechenmodell. Antrag Kindertagespflege: Antrag zurückgezogen Förderung mehrsprachliche Kompetenz Fachkräfte: mehrheitlich zugestimmt	-110.000
26	340	FB 5	4210	17	-714.080	-20.000	-20.000		Betrag nicht beziffert					AL/Grüne: -20.000 Euro , Erhöhung der Kinder- und Jugendförderung um 2 Euro pro Kind/Jugendliche SPD: -20.000 Euro , Stadtverband für Sport: Erhöhung der Kinder- und Jugendförderung um 2 Euro je Kind pro Jahr. CDU: Erhöhung des Zuschusses an den Stadtverband für Sport für die Kinder- und Jugendförderung um 2 Euro pro Kind.	einstimmig zugestimmt	-20.000
27	358	FB 50	3140	12	-1.029.190					+0				Linke: 0 Euro , Prävention von Wohnungslosigkeit: Entfristung einer 50%-Stelle. Die Stelle ist bis 2025 befristet, die Arbeit sollte aber dringend fortgesetzt werden. Um die StelleninhaberIn, die gute Arbeit leistet zu halten, sollte die Stelle entfristet werden. Hinweis der Verwaltung: Annahme 0,5 Stelle in S 12 und hochgerechnet ab 2025 mit 35.328 Euro.	einstimmig zugestimmt	-17.670
28	358	FB 50	3140	17	-147.980		-20.000							SPD: -20.000 Euro , Familienbildungsstätte: Projekt Spiel, Spaß, Deutsch und Bewegung (10.000 Euro); Gebührenfreie interkulturelle Angebote (10.000 Euro).	mehrheitlich zugestimmt	-20.000
29	359	FB 50	3160	17	-1.461.690	-26.760 -10.000	-3.120 -2.500			-36.000 -18.950	-26.760 -10.000 -18.950 -36.000			AL/Grüne: -26.760 Euro , Verwaltungsfachkraft Stadtteiltreffs Nase/Brückenhaus: In den Quartieren rund um diese Treffs mit Beratungs- und Gruppenangeboten durch professionelle Mitarbeiter_innen in Verbindung mit ehrenamtlichem Engagement, steigt der Bedarf. Dies kann durch die wachsende Einwohnerzahl (Hechinger Eck, Alter Güterbahnhof ...) und den Anteil von Geflüchteten begründet werden. Auch nimmt die Unterschiedlichkeit der Lebenssituationen zu. Die Treffs erbringen eine wichtige soziale Integration. -10.000 Euro , Bwlv Drogenhilfe Kontaktladen: Antrag Stellenerhöhung Die intensive Einzelfallhilfe während der Coronazeit zeigte einen präventiven Erfolg bei den unterstützten Menschen. Da jetzt Normalität im Kontaktladen eingeleitet ist, kann diese aber nicht im gewünschten Umfang aufrecht erhalten werden. SPD: -3.120 Euro , KIT Jugendhilfe: Eine gemeinsame 520 Euro Stelle ab Juli 2024 für Brückenhaus und NaSe - Verwaltungstätigkeiten. -2.500 Euro , Güterhalle für alle: 2.500 Euro (entsprechend Zuschussantrag) Linke: -36.000 Euro , KIT Jugendhilfe: 50% Verwalt.Stelle Stadtteiltreffs NaSe/Brückenhaus und 20% Aufstockung K.I.O.S.K siehe Schreiben an die Fraktionen -18.950 Euro , Drogenkontaktladen Janus bwlv: Zuschussanpassung Zusätzliche Mittel wie beantragt (Schreiben vom 08.11.2023, um gestiegene Kosten aufzufangen und die Einrichtung zu erhalten. Fraktion: -26.760 Euro , Zuschuss KIT Jugendhilfe - Verwaltungskraft NaSe und Brückenhaus. -10.000 Euro , Zuschuss GüterHalle für alle e.V. -18.950 Euro , Zuschuss bwlv Drogenhilfe Kontaktladen. -36.000 Euro , Zuschuss Familienbildungsstätte.	Verwaltungsfachkraft Stadtteiltreff Nase/Brückenhaus: mehrheitlich abgelehnt bwlv Drogenhilfe Kontaktladen: mehrheitlich zugestimmt (10.000. Euro) 520 Euro Stelle KIT Jugendhilfe: mehrheitlich zugestimmt Zuschuss Güterhalle: mehrheitlich zugestimmt Zuschuss Familienbildungsstätte: mehrheitlich abgelehnt (Zustimmung siehe lfd. Nr. 28)	-15.620

Interfraktioneller Antrag der AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU zum Ergebnishaushalt 2024																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung in Euro
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
30	361	FB 50	3180	17	-516.100						-7.000			Fraktion: -7.000 Euro. Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff. Angesichts der erneut steigenden Anzahl an ertrunkenen Menschen im Mittelmeer können die Kommunen durch die Übernahme einer Patenschaft für ein Rettungsschiff ihre Erklärung zum "Sicheren Hafen" mit Nachdruck unterstreichen und sich aktiv dafür einsetzen, dass keine Menschen bei der Einreise über die Seegrenzen Europas sterben. Auf diese Weise möchten wir auch unsere Ernsthaftigkeit und unsere Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten und geretteten Menschen bekräftigen.	mehrheitlich zugestimmt	-7.000
31	385	021	522001	17	0	-60.000								AL/Grüne: -60.000 Euro. Förderung von langfristig sozial und gebundenem Wohnungsbau (z.B. bei der GWG): Die Stadt gibt verbilligte endfällige Darlehen bis zu ca. 3.000.000 Euro mit 1 % Zins für alle, die geförderten Wohnraum mit mindestens 30 Jahre Bindung bieten. (60.000 Euro entsprechen der Zinsdifferenz von 2 % bei 3.000.000 Euro)	zurückgezogen	
32	395	FB 7	5110-7	17	-161.300						+11.983			Fraktion: +11.983 Euro. Zuschüsse an Private zur Beseitigung an Gebäuden: Einstellung der regelmäßig sinnlosen Entfernung von Graffiti. Die Reinigung von Graffiti kostet die Stadt viele tausende von Euros Steuergelder. Die Reinigung ist dazu meist umweltschädlich. Nach der Reinigung stehen eine paar Stunden später natürlich schon wieder die neuen Graffiti. So wie immer. Die Stadt könnte stattdessen den dafür vorgesehenen sechsstelligen Betrag für die Reinigung von Graffiti für viel sinnvollere Aufgaben nutzen, statt einen sinnlosen Kampf zu führen. Graffiti gilt als ein zentrales Ausdrucksmittel und ist Teil des urbanen Lebensgefühls. Es ist zum Beispiel in Wien, Helsinki und Potsdam bereits als Kunst und Teil der Stadtkultur anerkannt. Gleichzeitig gibt es allerdings derzeit für Künstler_innen in Tübingen zu wenig Flächen, auf denen sie ihre Kunst darstellen können und die mangelnde Rechtssicherheit für Künstler_innen führt dazu, dass die Flächen nicht aufwendig gestalten werden können. Indem wir Graffiti beseitigen, entscheiden wir uns für eine strenge himmlische Ordnung, für extreme Reinheit und für überholte ästhetische Ideale, an denen wir festhalten wollen, statt für eine lebendige, vielfältige, bunte und tolerante Stadt. Die Werte hier sind die tatsächlichen Werte ausgegeben in 2023, da keinen separaten Posten ausschließlich für die Beseitigung von Graffiti für 2024 gibt. Dieser Posten ist in dem Ansatz für die Unterhaltung bei der Straßenreinigung bzw. Ersätze an den Eigenbetrieb KST enthalten. Ebenso im Haushaltsansatz Zuschüsse an Dritte bei der Stadtplanung.	mehrheitlich abgelehnt	
33	399	FB 7	5470-7	17	0					-400.000				Linke: -400.000 Euro. Forschungsprojekt initiieren, einschließlich Anschubfinanzierung: Koppelbare, fahrerlose, elektrische Kleinbusse ("Platoons"): Mit den bisher diskutierten Alternativen kann ebenso wenig wie mit der Innenstadtstrecke selber ein befriedigenden Konzept zum innerstädtischen Nahverkehr erreicht werden, das die Menschen dazu bewegen würde auf den ÖPNV umzusteigen. Es wäre daher höchst sinnvoll das vom Planungsbüro Ramboll vorgeschlagene Alternativmodell einer Lösung mit gekoppelten fahrerlosen Zügen, deren einzelne Einheiten verschiedene Fahrziele ansteuern können, zu prüfen. Die Gruppe Alternativenplanung wollte dieses Modell vorläufig nicht weiter verfolgen, weil die Technik noch nicht ausgereift sei. Es erscheint jedoch sinnvoll, dieses Konzept im Rahmen eines Forschungsprojekt zu evaluieren. Gerade in einer Stadt wie Tübingen könnte sich die praktische Umsetzung und Erforschung dieses Projekts zu einem Leuchtturm für Innovation und zukunftsorientierte Forschung entwickeln.	mehrheitlich abgelehnt	
34	411	FB 8	1124-8	12	-7.554.323						Betrag nicht beziffert			Fraktion: +10 AK. Aktuell sind ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte sind bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter_innen von externen Firmen durchgeführt. Diese Anteil sollte erstmals auf 60:40 zugunsten der Eigenreinigung erhöht werden. Die Mitarbeiter_innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert. Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger_innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdrängung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen. Hinweis der Verwaltung: Annahme 10 Reinigungskraft-Stellen in der Regel je 0,5 AK in E 2 und hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 116.870 Euro. Jährliche Folgekosten somit bei 233.740 Euro.	mehrheitlich abgelehnt	
35	433	FB 9	5410	14	-4.652.750	-10.000 -5.000				-50.000				AL/Grüne: -10.000 Euro. Beschilderung Fußwege: Es gibt in Tübingen oft keine Hinweisschilder auf öffentliche Treppen-Wege oder Abkürzungen. Viele sind versteckt und selbst ortskundige TübingerInnen kennen diese Wege nicht. Dies soll sich ändern und der Fußverkehr soll damit gestärkt werden. -5.000 Euro. Haagtorspace: Zusätzliche Ausstattungsgegenstände Haagtorspace z.B. eine neue Holllywoodschaukel und/oder z.B. ein Bücherschrank für Projekte von Initiativen. Linke: -50.000 Euro. Absenkung der Bordsteinübergänge an Straßen, Geh-und Fahrradwegen: An vielen Stellen in der Stadt sind die Bordstein an Übergangsstellen zwischen Radwegen und Straßen, bei Querungen etc. zu hoch, um einen reibungslosen bequemes Fortkommen für Rollstuhl und Fahrradfahrende zu ermöglichen. Die Bordsteine sollten abgesenkt bzw. durch Bordsteine mit angeschrägten Kanten mit flachem Winkel ersetzt werden.	Beschilderung Fußwege: hinfällig (interfraktioneller Antrag folgt) Haagtorspace: mehrheitlich zugestimmt Absenkung Bordsteinübergänge: hinfällig (interfraktioneller Antrag folgt)	-5.000
36	455	FB 9	5450	14	-441.590						+72.078			Fraktion: +72.078 Euro. Sachkosten für die Beseitigung an Straßen, Unterführungen etc. Einstellung der regelmäßigen sinnlosen Entfernung von Graffiti. Die Reinigung von Graffiti kostet die Stadt viele tausende von Euros Steuergelder. Die Reinigung ist dazu meist umweltschädlich. Nach der Reinigung stehen eine paar Stunden später natürlich schon wieder die neuen Graffiti. So wie immer. Die Stadt könnte stattdessen den dafür vorgesehenen sechsstelligen Betrag für die Reinigung von Graffiti für viel sinnvollere Aufgaben nutzen, statt einen sinnlosen Kampf zu führen. Graffiti gilt als ein zentrales Ausdrucksmittel und ist Teil des urbanen Lebensgefühls. Es ist zum Beispiel in Wien, Helsinki und Potsdam bereits als Kunst und Teil der Stadtkultur anerkannt. Gleichzeitig gibt es allerdings derzeit für Künstler_innen in Tübingen zu wenig Flächen, auf denen sie ihre Kunst darstellen können und die mangelnde Rechtssicherheit für Künstler_innen führt dazu, dass die Flächen nicht aufwendig gestalten werden können. Indem wir Graffiti beseitigen, entscheiden wir uns für eine strenge himmlische Ordnung, für extreme Reinheit und für überholte ästhetische Ideale, an denen wir festhalten wollen, statt für eine lebendige, vielfältige, bunte und tolerante Stadt. Die Werte hier sind die tatsächlichen Werte ausgegeben in 2023, da keinen separaten Posten ausschließlich für die Beseitigung von Graffiti für 2024 gibt. Dieser Posten ist in dem Ansatz für die Unterhaltung bei der Straßenreinigung bzw. Ersätze an den Eigenbetrieb KST enthalten. Ebenso im Haushaltsansatz Zuschüsse an Dritte bei der Stadtplanung.	mehrheitlich abgelehnt	

Interfraktioneller Antrag der AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU zum Ergebnishaushalt 2024																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung in Euro
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
37	458	FB 9	5470-9	17	-5.075.050					-400.000	-51.700		-105.000	<p><u>Linke: -400.000 Euro</u>, Einführung ticketfreier TüBus zum nächstmöglichen Zeitpunkt:</p> <p>- Rate für Planung und Organisation 2024</p> <p>- Umlage oder Anpassung der Grundsteuer zur Finanzierung vorbereiten</p> <p>Die Zukunft des Deutschlandticket ist unsicher und die erhoffte Verringerung des Individualverkehrs konnte wegen des zu hohen Preises nicht im erforderlichen Umfang erreicht werden. Um die gesetzten Klimaziele zu erreichen brauchen wir einen energischen Schritt zu Verminderung des Schadstoffausstoßes im Verkehr. Erfahrungen in anderen Städten beweisen, dass durch den ticketfreien Nahverkehr mehr Menschen zum Umstieg vom MIV zu gewinnen sind und die Umweltbelastung deutlich gesenkt werden kann. Für Menschen mit niedrigem Einkommen ein wichtiger Schritt zur Teilhabe.</p> <p><u>Fraktion: -51.700 Euro</u>, WLAN in Bussen ausweiten: Aktuell sind 11 Busse im TüBus mit WLAN ausgestattet. Die Einrichtung eines Busses kostet aktuell 2.700 Euro. Dazu treten 2.000 Euro pro Jahr und pro Bus für das eigentliche Angebot (Providerkosten und Wartung). Wir wollen die Verdopplung der Anzahl der mit kostenfreien WLAN ausgestatteten Bussen (11 auf 22).</p> <p><u>JGR: -105.000 Euro</u>, Ausweitung des ticketfreien TüBus-Angebots auf den Freitagabend ab 18 Uhr</p> <p><u>Hinweis der Verwaltung:</u></p> <p>WLAN: Einrichtung von 11 weiteren Bussen ist auch über die Änderungsliste angemeldet. Einrichtung für 11 Busse = 29.700 Euro, Angebot + Wartung für 11 Busse = 22.000 Euro. Insgesamt 51.700 Euro zzgl. 19 % MWSt = 61.523 Euro.</p> <p>Ausweitung ticketfreies TüBus-Angebot: Ist TüBus nicht bekannt und daher auch nicht eingeplant. Grob geschätzt reicht das Budget von 105.000 Euro aus, müsste aber bei Bedarf von naldo und TüBus genauer kalkuliert werden.</p>	<p>Einführung ticketfreier TüBus: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>WLAN TüBus: hinfällig (siehe Hinweis der Verwaltung)</p> <p>Ausweitung ticketfreier TüBus Freitagabend: mehrheitlich abgelehnt</p>	
38	nachrichtlich Wirtschaftspln KST										-27.470			<p>Fraktion: -1 AK, Stelle Graffitibeseitigung. Die Stelle entstand als Ergebnis eines populistischen Wahlversprechens, wir halten das für eine Verschwendung von Steuern. Die bereits zu diesem Zweck angestellten Person soll natürlich nicht arbeitslos werden, sie soll zum Beispiel in dem Team für die Reinigung städtische Gebäude mit dem gleichen Gehalt wie bisher eingegliedert werden.</p> <p><u>Hinweis der Verwaltung:</u></p> <p>Bei der Stelle Graffitibeseitigung handelt es sich um einen laufenden Arbeitsvertrag.</p>	mehrheitlich abgelehnt	
															Summe Veränderung	-390.260